



SEBASTIAN BREHM

Für Nürnberg in Berlin

Liebe Bürgerinnen, liebe Bürger!

Am 17. Juni jährt sich zum 70. Mal der Tag der Niederschlagung des Arbeiteraufstandes in der damaligen DDR. DDR-Sicherheitsorgane und sowjetische Truppen mit Panzern sorgten dafür, dass sich die damalige DDR-Führung halten konnte. Es war das gewaltsame Ende einer Welle von Streiks, Massen-Demonstrationen und politischen Protesten in mehr als 700 Städten der DDR. Mehr als eine Million Menschen beteiligten sich da.

Was mit Widerstand gegen die Festsetzung höherer Leistungsnormen durch den Staatsapparat begann, weitete sich binnen weniger Tage zu politischen Protesten mit Forderungen nach Rücktritt der DDR-Regierung, freien Wahlen und Freilassung aller politischen Gefangenen aus. Mindestens 55 Menschen wurden von den DDR-Sicherheitsorganen oder sowjetischen Soldaten erschossen oder von der DDR-Justiz ermordet. Mehr als 15.000 Bürger wurden gefangen genommen, tausende zu teilweise langen Gefängnisstrafen verurteilt.

Seit der deutschen Vereinigung im Jahr 1990 allerdings gerät der Volksaufstand zunehmend in Vergessenheit. Dabei war er der Beginn einer sichtbaren Opposition gegen das SED-Regime. 15 Jahre später gingen vor allem junger Leute in der DDR gegen die Niederschlagung des Prager Frühlings auf die Straße. Von diesen Protesten führt eine gerade Linie zur DDR-Friedens- und Umweltbewegung, die die treibende Kraft jener Entwicklung war und schließlich zur deutschen Einheit führte.

Für CDU und CSU war der Tag, an den der Bundestag mit einer Gedenkstunde erinnerte, deshalb Anlass für einen Antrag, der nicht nur das Erinnern besonders auch in den Schulen fördern, sondern auch die historische Forschung stärken will. Gleichzeitig müssen wir auch die SED-Opferrenten dynamisieren und die gesundheitlichen Folgeschäden von Opfern in den Anerkennungsverfahren stärker berücksichtigen.

Ihnen einen schönen, aber auch nachdenklichen Start ins Wochenende und viel Freude beim Lesen dieses Newsletters.

Es grüßt Sie herzlich
Ihr Sebastian Brehm

Barrierefreiheit bei den Bahnen, Bussen und Tram



Die Nutzung von Bahnen, Bussen und Straßenbahnen ist für mobilitäts-, seh- und höreingeschränkte Menschen oft noch ein echter Hindernisparcours. Da wundert es nicht, wenn Menschen mit Beeinträchtigung die Mobilitätsmöglichkeiten in Deutschland deutlich negativer bewerten als Menschen ohne Beeinträchtigung. Fehlende Aufzüge in Bahnhöfen, Züge ohne höhengleiche Zugänge, fehlende Leitstreifen im Fußbodenbelag für Sehbehinderte oder fehlende Induktionsschleifen für Hörbehinderte erschweren die Nutzung von Zügen, Bussen und Straßenbahnen oder machen sie sogar unmöglich.

CDU und CSU im Bundestag wollen das ändern. Sie fordern die Ampelkoalition in einem Antrag auf, bei den Verkehrsunternehmen und Verkehrsträgern auf mehr Tempo zu drängen bei der Beseitigung der zahlreichen Defizite. Dabei geht es nicht nur um Baumaßnahmen, sondern auch um barrierefreie Informationsangebote wie Dolmetscher-Apps, Beratungsleistungen von Verkehrsbetrieben in Gebärdensprache oder kontrastreiche Fahrgastinformationssysteme und Apps mit Informationen in Leichter Sprache sowie barrierefreie Fahrkartenautomaten und

digitale Fahrkartenangebote. Bund, Länder und Kommunen sollen sich dazu auf verbindliche Vorgaben für die flächendeckende Schaffung barrierefreier Haltestellen verständigen.

Zur Finanzierung eines rascheren barrierefreien Umbaus der öffentlichen Verkehrssysteme könnte in einem ersten Schritt auf die in Milliardenhöhe vorhandenen Ausgabenreste der Länder beim ÖPNV zurückgegriffen werden. Zum Antrag geht es [hier](#).

Sebastian Brehm: „Wer es ernst mit der Verkehrswende meint, muss dafür sorgen, dass die öffentlichen Verkehrsmittel auch von allen



Menschen genutzt werden können. Auf diesem Feld gibt es noch viel zu tun.“

Rot-Grün-Gelb vernichtet Steuermillionen



Als im vergangenen Jahr die Energiepreise durch die Decke schossen, beschloss die Ampelkoalition eine Energiepreispauschale von 300 Euro. Ausgezahlt ist sie längst und wegen der explodierenden Energiepreise auch ausgegeben. Der Haken: Die Pauschale sollte nach dem Willen der Ampel versteuert werden. Eine gesetzliche Grundlage dafür, gibt es aber

nicht. Ende Mai kam Finanzminister Christian Lindner zu der Einsicht, auf die Besteuerung zu verzichten. Begründung: die Erhebung der Steuer kostet mehr als sie einbringt. Einnahmen: 110 Millionen Euro, Kosten: 261 Millionen Euro.

Linders Ankündigung hielt allerdings nicht einmal vier Wochen. In dieser Woche lehnte die Ampelmehrheit im Finanzausschuss des Bundestages einen Antrag von CDU und CSU ab, der eben jenen Besteuerungsverzicht zum Inhalt hatte.



Sebastian Brehm: „Rot-Grün-Gelb betreibt Geldvernichtung. Die Besteuerung der Energiekostenpauschale

bringt dem Fiskus nichts ein, sondern verschlingt unter dem Strich 140 Millionen Euro. Ideologie ist der Ampel offenbar wichtiger als praktische Vernunft. Den Schaden haben die Bürger.“

Wärmewende mit den Bürgern gestalten



Während Rot-Grün-Gelb sich jetzt versucht, aus dem Sumpf ihres Heizungsgesetzchaos zu befreien, haben CDU und CSU eine [eigene](#)

[Initiative](#) für eine verträgliche gestaltete Wärmewende vorgelegt. Grundprinzip: die Wende mit den Bürgern gestalten. Eckpunkte sind vielfältige steuerliche Erleichterungen für den Einbau von klimafreundlichen Heizungen in Neu- und Bestandsbauten, eine verlässliche und attraktive Bundesförderung für effiziente Gebäude und Programme zur Förderung von Wohneigentum.

Die Ampel aber lehnt dies ab, beharrt auf ihrem Kurs des von oben herab ohne Rücksicht auf die finanzielle Leistungsfähigkeit der Bürger. In den Bundestag eingebracht hat sie auch nicht den Kompromiss mit seiner Ansammlung von Widersprüchen, Ungereimtheiten und Unklarheiten, sondern den alten Habeck/Graichen-Gesetzentwurf, den sie selbst angeblich gar nicht mehr will. Alles mit dem Ziel, das Gesetz im Schweinsgalopp bis Anfang Juli durch den Bundestag zu peitschen. Eine Grundlage für ein ordentliches Gesetzgebungsverfahren ist da nicht gegeben.

Die Folgen dieser Ampelpolitik und unseren Gegenentwurf habe ich in [meiner Rede](#) im Bundestag erläutert.

CDU und CSU mahnen Etatentwurf für 2024 an

Schon der Streit um das Heizungsgesetz zeigte, wie zerstritten die Ampelkoalition ist. Jetzt gibt es neuen Streit um den Haushalt für 2024. Am Montag verstrich ergebnislos die Frist, innerhalb der die Ministerien ihre Einzelpläne für die Aufstellung des Bundeshaushalts 2024 beim Bundesfinanzministerium vorlegen sollten. CDU und CSU haben die Bundesregierung jetzt aufgefordert, bis zur parlamentarischen

Sommerpause Anfang Juli endlich einen grundgesetzkonformen Etatentwurf vorzulegen. Sonst droht die Zeit davonzulaufen und Deutschland könnte ohne verabschiedeten Haushaltsplan in das nächste Jahr gehen.

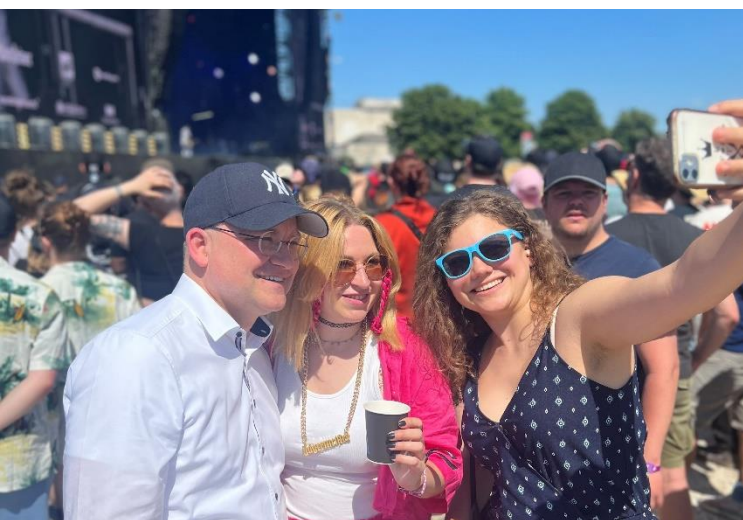
20 Milliarden Euro müssen noch eingespart werden; doch niemand in der Ampel will nachgeben. Selbst Bundeskanzler Scholz hat es bislang nicht geschafft, das Wunschkonzert der Ampel-Streithähne mit der Wirklichkeit unter einen Hut zu bringen. Die Grünen würden die Milliarden am liebsten durch Steuererhöhungen bei den Bürgern abkassieren



Sebastian Brehm: „Die Zeit der Ampel-Wunschkonzerte ist vorbei. Die Ampel muss jetzt Farbe bekennen und

Prioritäten setzen, um die Wirtschaft aus der Talsohle zu holen. Zusätzliche Belastungen von Bürgern und Wirtschaft wären Gift für die wirtschaftliche Entwicklung.“

Rock im Park



Schon in meiner Zeit als Stadtratsmitglied habe ich mich für Rock im Park stark gemacht. Das Festival ist ein großer Gewinn für Nürnberg und die Region. In diesem Jahr war ich wieder dabei

und habe die JU Nürnberg an ihrem Stand unterstützt. Danke an die JU Nürnberg für ihr Engagement!

Kirchentag – Fest der Begegnung



„Jetzt ist die Zeit“, lautete das Motto des Deutschen Evangelischen Kirchentages 2023, der bei uns in Nürnberg stattfand. Er zeigte die ganze Breite des kirchlichen Engagements in unserer Gesellschaft und bot vielfältige Möglichkeiten des Innehaltens und der geistlichen Begegnung. Ich habe mich sehr gefreut, dabei auch meinen guten Freund, den Präsidenten des evangelischen Kirchentages 2023 Thomas de Maizière zu treffen. Danke an alle Ehrenamtlichen, die in diesen besonderen Tagen, Großes geleistet und viele Menschen zueinander gebracht haben. Mit mehr als 70.000 Besuchern aus nah und fern war der Kirchentag eine große Ehre für meine Heimatstadt.

Kirchweihzeit im Nürnberger Norden

Es ist wieder Kirchweihzeit. Für mich eine gern wahrgenommene Gelegenheiten miteinander zu reden. Bei einem Bier begegnet man sich auf Augenhöhe und kommt unkompliziert

miteinander ins Gespräch. Als Wahlkreisabgeordneter für Nürnberg-Nord sind mir diese Gelegenheiten sehr wichtig. Hier erfahre ich aus erster Hand, was die Menschen denken und wo der Schuh drückt. Danke an alle Ehrenamtlichen, die sich jedes Jahr wieder engagieren, um diese Tradition zu erhalten wie hier in Großreuth und Laufamholz.



Zur Kirchweih in Großreuth ...



...und in Laufamholz

Happy Birthday Diakonie Bayern!



Die Diakonie in Bayern engagiert sich in mehr als 100 Bereichen, u.a. bei Hilfen für Arbeitslose, für Kinder und Jugendliche und für junge Menschen, in der Betreuung Behinderter, in der Seniorenbetreuung und -pflege, in der Hospizarbeit oder der Beratung und Begleitung von HIV-positiven Menschen. Gelebte Nächstenliebe in mehr als 3.000 Einrichtungen. In der vergangenen Woche feierte die Diakonie Bayern im Nürnberger Wohnstift am Tiergarten ihr 75jähriges Bestehen. Auch die Staatsregierung war vertreten mit Innenminister Joachim Herrmann und Gesundheitsminister Klaus Holetschek. Herzliche Glückwünsche und weiterhin viel Kraft und Erfolg bei der Arbeit mit und für Menschen, die Hilfe benötigen.

Sebastian Brehm, MdB | Dipl.-Kfm., Steuerberater

Platz der Republik 1 • 11011 Berlin

☎ 030-227-74074 • Fax 030-227-70072

✉ sebastian.brehm@bundestag.de

www.sebastianbrehm.de



Diese Veröffentlichung dient ausschließlich der Information. Sie darf während eines Wahlkampfes nicht zum Zweck der Wahlwerbung verwendet werden. Alle Fotorechte Sebastian Brehm, MdB, falls nicht anders angegeben.